

F 14 Z. 14 / 3 / 14  
Küpper

# Das Schweigen der Seilschatten

Brandenburgs Enquetekommission zur DDR-Aufarbeitung seit 1990 beendet ihre Arbeit / Von Mechthild Küpper

In ihrer letzten, der 40. Sitzung hat die Enquetekommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ am Freitag nicht mehr diskutiert und keine Gutachter mehr angehört. Nach vier Jahren Arbeit hat die Kommission ihren über 400 Seiten starken Bericht an Landtagspräsident Gunter Fritsch übergeben. Lob gab es für das dickleibige Werk von allen Seiten, groß war das Einvernehmen in der Kommission, überaus freundlich die Reaktion außerhalb.

In der allgemeinen Zufriedenheit und der aufkommenden Langeweile wirkte das Sondervotum des Kommissionsmitglieds Helmut Müller-Enbergs wie eine willkommene Erfrischung. In der Frühzeit des Landes Brandenburg war er Sprecher der Fraktion Bündnis 90 im Potsdamer Landtag, später deren wissenschaftlicher Mitarbeiter im Untersuchungsausschuss zur vermuteten Zusammenarbeit des damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Er arbeitet seit Jahren als Zeithistoriker in der Abteilung Bildung und Forschung der Behörde für die Stasi-Unterlagen.

„Dieses entsetzlich quälende, lange Schweigen“ ist der Titel seines Votums. Das Zitat stammt vom Althistoriker Christian Meier, der als einer der ersten Sachverständigen vor der Enquetekommission sprach; das Schweigen, das Meier meinte,

war allerdings das über den Nationalsozialismus nach 1945. Das Land Brandenburg begann 1990 wie die anderen „neuen“ Bundesländer. Die Abgeordneten des ersten Landtags ließen sich auf heimliche Zusammenarbeit für die Stasi überprüfen, Behördenmitarbeiter wurden mit einer Anfrage beim Bundesbeauftragten auf Stasi-Verstrickungen überprüft. Doch plötzlich ging es nicht mehr um den öffentlichen Dienst und die Volksvertreter, sondern um Manfred Stolpe, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Landes.

„Leerstelle Stolpe“ nannte Marianne Birthler das in einer Veranstaltung der Grünen zur Enquetekommission. Sie war Bildungsministerin im ersten Kabinett Stolpe gewesen und hatte 1992 ihr Amt im Protest gegen dessen Umgang mit den Vorwürfen niedergelegt. „Stolpe gehörte an die zentrale Stelle der Transformationsdebatte“, sagte der Brandenburger Sozialdemokrat Stephan Hilsberg. Seine Tätigkeit als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium setzte er nicht fort, nachdem Stolpe 2002 Minister geworden war. Stolpe, so Hilsberg bei der gutbesuchten Veranstaltung im Potsdamer Landtag, hätte „nicht Ministerpräsident sein müssen“. Unter seinen Schutzmantel hätten damals alle gestrebt, die nicht über ihre politische Vergangenheit reden wollten. Die Enquetekommission habe nicht ein neuer Stolpe-Untersuchungsausschuss sein können und wollen, sagte Ulrike Poppe, die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der

kommunistischen Diktatur. Stolpe, gab sie zu bedenken, habe die Mehrheit der Brandenburger hinter sich gehabt, die seine möglichen Verstrickungen „nicht so schlimm“ fanden: „Wenn das Wahlvolk nicht fragt“, so Poppe, könne es sich über unentdeckte inoffizielle Mitarbeiter der Stasi in allen möglichen Positionen nicht beklagen.

Dass Poppe Landesbeauftragte ist, dass Abgeordnete sich nach zwei Jahrzehnten Pause wieder einem Überprüfungswfahren unterziehen, dass die Themen DDR und Stasi, Geschichte und Gedenken in Brandenburg aktuell sind, verdankt sich der Koalition von SPD und Linkspartei von 2009. Rot-Rot weckte etliche wegen und seit Stolpe sanft schlummernde Humde und deutete auf einvernehmlich weißgelassene Flecken in der Erinnerungslandschaft. Brandenburgs öffentlicher Dienst war zwar auf Stasi-Verstrickungen hin überprüft worden, doch war es jedem Minister überlassen, die Sache nach seinem Gusto zu regeln oder laufen zu lassen. Die Kabinette Stolpe hielten es nicht für nötig, eine gemeinsame Haltung zu politisch oder moralisch kompromittierendem Personal zu erarbeiten.

„Menschen ändern sich, Brandenburg ändert sich auch“, sagte Axel Vogel, der Fraktionsvorsitzende der Grünen, seinen Gästen im Landtag. Heute besäße die Hälfte der 2,4 Millionen Landeskinde keine eigene DDR-Erfahrung mehr. Mythen lassen sich von Sachverständigen nicht aus der Welt schaffen, doch von eintönen in Brandenburg geliebten Mythen

lässt das Gutachten wenig übrig: Aus dem „Brandenburger Weg“, dem konsensualen Politikmachen der allerersten Jahre, ist kein „Brandenburger Sonderweg“ in der Transformation von der Staatswirtschaft zur demokratischen Marktwirtschaft geworden. Als Mythen entlarvt die Kommission sowohl die Vorstellung, Brandenburg sei ein Opfer westdeutscher Kolonisierung, als auch die, dort schalteten „alte Seilschatten“ wie vor 1989.

Auf Seite 378 beginnen die „Handlungsempfehlungen“ an die Landespolitik. Dort endet das Reich des harmlosen „Gut, dass wir drüber gesprochen haben“, und die Aufarbeitung beginnt haushaltsrelevant zu werden: In Rehabilitierungsfällen sollen die Antragsteller mehr Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten. Ein Härtefallfonds soll auch denen Hilfe zugänglich machen, die nicht unter die gesetzlichen Regelungen für ehemals politisch Verfolgte fallen. Die Arbeit der Gedenkstätten und der Heimatmuseen soll besser unterstützt werden.

Ein Vorschlag der Kommission wird der Politik gefallen, auch wenn er Geld kostet: Die Landesregierung soll „alle zwei Jahre eine repräsentative Befragung“ in Auftrag geben, „um die politischen Orientierungen, Werte und Einstellungen“ der Brandenburger kennenzulernen. Die Umfrage von 2011 ergab, dass sie Polizei und Bürgermeistern vertrauten (mit 66 und 53 Prozent), doch nur sehr geringes Vertrauen zu Parteien und zur katholischen Kirche (je acht Prozent) besaßen.